

**Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz des Liberalen Mittelstand  
03. November 2018**

- **Wirtschaftliches Wissen soll als Querschnitts- und Leitthema in allen Schulfächern aller Schulformen gelehrt und gelernt werden.** Bei dieser Implementierung ist auch besonders auf die Lehramtsausbildung und die qualifizierenden Weiter- und Ausbildungen der vielen tausenden Quer- und Seiteneinsteigern zu achten, die in den kommenden Jahren in den Schulen Deutschlands als Pädagogen gebraucht werden.
- **Schon in der Grundschule soll ein realistisches Bild der Arbeitswelt durch die Lehrkräfte in Projekten und Unterrichtsthemen aufgezeigt werden,** wobei bis zur 5./6. Klasse auch grundlegende Kenntnisse über Wirtschafts- und Finanzprozesse erfolgen sollen.
- **Sämtliche Lernformen in den Schulen Deutschlands müssen auch den Anforderungen der gegenwärtigen Arbeitswelt entsprechen und dürfen nicht mehr inductorientiert im starren Klassenverband erfolgen.** Die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts kann kein Interesse an Lehr- und Lernformen in starren Klassenverbänden des 19. Jahrhunderts haben.
- **Bei der Gestaltung und den inhaltlichen Aspekten von Themen aus dem Wirtschaftsbereich sollen auch die Interessenverbände des deutschen Mittelstandes involviert werden.** Konkrete Kenntnisse aus unternehmerischem Handeln und dem Funktionieren der lokalen und regionalen Arbeitswelt gelangen nur über die Akteure dieses Handelns in den immer noch zu geschlossenen Raum der Schule. **Die Wirtschaftsverbände (insbesondere IHK und Handwerkskammern) sind über die Beteiligungsgremien der Bildungs- und Kultusministerien (Anhörungs- und Beratungsrechte) an der Entwicklung der schulischen Bildung aktiv zu beteiligen.**

**Begründung:**

Für einen guten und leistungsstarken Wirtschaftsraum Deutschland bedarf es gut ausgebildeter Fachkräfte. Diese werden nicht nur durch ein notwendiges Einwanderungsgesetz und durch berufliche Ausbildung und Studienabschlüsse erreicht, sondern auch durch eine leistungsstarke und qualitativ hochwertige schulische Allgemeinbildung. Fachkräftemangel ist Zeichen von vielen Problemen und Baustellen in der schulischen Bildung in Deutschland. Der Fachkräftemangel in der Bundesrepublik Deutschland ist grundlegend mit dem Zustand der Bildungsrepublik Deutschland verbunden.

Neben einer intensive Berufs- und Studienorientierung muss deshalb bereits vorher eine wirtschaftliche Grundbildung als wichtiger Bestandteil der allgemeinen schulischen Bildung erkannt werden. Wirtschaftliche Bildung gibt den Schülern Einsicht in gesellschaftliche Prozesse und ist von großer Bedeutung, wenn es um das selbständige Handeln als Bürger in der Gesellschaft geht. Ein nachhaltiges ökonomisches und eigenverantwortliches Handeln von Schülern kann nur über die Kenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge erworben werden.

Zu der oft geforderten Kompetenz, als Verbraucher „richtig“ zu agieren, die richtige Wahl treffen zu können (selbstbestimmtes Konsumverhalten), gehört aber auch der grundlegende Erwerb einer Finanz- und Wirtschaftskompetenz. Nicht nur eine realistische Ausbildungs- und Studienorientierung in den Schulen garantiert gute Übergänge von der schulischen in die berufliche duale Ausbildung, sondern auch ein konkretes Wissen um die Entwicklung und Gegenwart von Wirtschaftssystemen, Organisationsstrukturen und Rechtsformen sowie von wirtschaftlichen Zusammenhängen des unternehmerischen Handelns.